

**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**  
4021/4348/50

Bonn, den 14. Juni 1950

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

In Beantwortung der mit Schreiben vom 17. Mai 1950 übersandten Anfrage Nr. 78 der Fraktion der SPD - Nr. 949 der Drucksachen -, betreffend Teilnahme Deutschlands an internationalen nichtpolitischen Organisationen, teile ich folgendes mit:

Die Bundesregierung hat sogleich nach Abschluß der Petersberger Abmachungen bei der Alliierten Hohen Kommission Schritte unternommen, um eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an den infragekommenden internationalen Organisationen, darunter der Internationalen Arbeitsorganisation, der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO herbeizuführen. Seitdem hat die Bundesregierung an diesen Organisationen soweit nur möglich mitgearbeitet.

Was die Internationale Arbeitsorganisation betrifft, so haben Vertreter der Bundesregierung an folgenden Tagungen dieser Organisation teilgenommen:

- 1) Tagung vom Oktober und Dezember 1949 über den Entwurf eines Abkommens zur sozialen Sicherheit der Rheinschiffer;
- 2) Vorbereitende technische Dreimächte-Konferenz vom Januar/Februar 1950 über Fragen der Erwachsenenbildung;
- 3) Vorbereitende Konferenz vom April/Mai 1950 über Probleme der Ein- und Auswanderung;
- 4) Tagung des Industriausschusses für chemische Industrie vom April 1950.

Zu der am 7. Juni 1950 beginnenden 33. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wird die Bundesregierung Beobachter entsenden. Die Delegierten werden sich aus zwei Regierungsvertretern und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammensetzen.

Hinsichtlich der Weltgesundheitsorganisation ist die Bundesregierung auf der 3. Sitzung der Weltgesundheitsorganisation vom Mai dieses Jahres durch Beobachter vertreten gewesen. Sie arbeitet außerdem an der von der Weltgesundheitsorganisation eingesetzten Internationalen Kommission zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Rheingebiet mit.

An der zur Zeit in Florenz stattfindenden Generalversammlung der UNESCO nehmen drei deutsche Vertreter als Sachverständige teil und zwar der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses für UNESCO-Arbeit, ein Vertreter der Bundesregierung und ein Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder.

Die Bundesregierung ist bemüht, eine vollberechtigte Mitgliedschaft an den vorgenannten Organisationen herbeizuführen. Die Verhandlungen über diese Frage sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

**Dr. Adenauer**